



Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich

Bericht des Präsidenten an die sbfz- Delegiertenversammlung vom 28. Juni 06 in Kloten

Sehr geehrte Delegierte,
Sehr geehrte Gäste,

da zu Beginn einer neuen Legislaturperiode einige neue Delegierte an der Delegiertenversammlung teilnehmen, möchte ich über die Tätigkeiten des sbfz in der Vergangenheit informieren, damit man die heutige Situation besser kennt und auch beurteilen kann.

Es wird heute viel über Verteilung, Kanalisierung, alte Nordausrichtung, Plafonierung etc. gesprochen. Wie hat das „Ganze“ eigentlich angefangen? Mit dem Transfer eines Teils der Swissairflotte von Genf nach Zürich wurde spez. im nahen Süden die Situation betr. Startlärm markant verschlechtert. Das bewog den damaligen Volkswirtschaftsdirektor E. Homberger, den Runden Tisch einzuführen. Von einem kleinen Teilnehmerkreis ausgehend wurde der dann immer grösser, und damit auch immer schwieriger zu führen. Die damalige Ausgangslage war, eine bessere, ausgewogenere Fluglärmverteilung anzustreben. Alle betroffenen Gebiete waren an einem Tisch. Als Ruedi Jeker die VD übernahm, forderte er alle Beteiligten am Runden Tisch auf, ihre Vorstellungen über Fluglärmverteilung einzubringen. Eine mögliche Verlängerung der Piste 16 war auch ein Thema.

Dies alles wurde in 2 Arbeitsgruppen behandelt und schlussendlich an einer Plenumsitzung verabschiedet. Resultat, in geraffter Form: Ablehnung einer Pistenverlängerung der Piste 16, Genehmigung der Betriebsvariante BV 2. Der Regierungsrat korrigierte dann die BV 2 Variante nach seinem Gutdünken und erhob sie zum Regierungsratsbeschluss. Fazit: der Regierungsrat war für eine Verteilung der An- und Abflüge. Der Regierungsrat änderte zwei Jahre später seinen Beschluss und wollte von dem erarbeiteten Kompromiss des Runden Tisches nichts mehr wissen. Zwischenzeitlich kam die Kündigung der Vereinbarung mit Deutschland und dann begannen die Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag, deren Ergebnis sie ja kennen. Meiner Ansicht nach immer noch ein Fehlentscheid, den das Parlament gefällt hat.

Die Position des sbfz war schon lange bekannt und sah resp. sieht so aus:

- *Alle Regionen und Gemeinden im Einzugsgebiet des Flughafens sind gleich zu behandeln.*
- *Die durch den Flugbetrieb verursachten Immissionen sind ausgewogen zu verteilen.*
- *Die Nachtflugsperrordnung ist auf die Zeit von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr auszudehnen. Zwischen 22.00 Uhr und 23.00 Uhr sowie zwischen 06.00 Uhr und 07.00 Uhr sind nur minimalste Flugbewegungen gestattet.*
- *Auf dem Flughafen Zürich sind maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr gestattet.*
- *Das Kontingent von 100'000 Anflügen aus Norden ist auszuschöpfen.*

- *An- und Abflugzeiten sind so zu planen, dass alle Regionen pro Tag 3 zweistündige lärmfrei Zeitfenster erhalten. Die Betriebsarten sind im Tages- und Wochenrhythmus zu ändern.*
- *Keine Veränderungen am Pistensystem.*

Was will ich damit sagen:

Eine neue, ausgewogenere Fluglärmverteilung war schon ein Thema, bevor die deutsche Seite ihre Forderungen stellte. Also Staatsvertrag oder DVO hin oder her, wir wollen eine neue Verteilung. Wobei wir uns bewusst sind, dass die Nord- und Westausrichtung immer die grösseren Lasten tragen muss, aber nicht alle!! Die Zukunft wird zeigen, dass keine Gebiete verschont werden können, weil sonst der Flugbetrieb beeinträchtigt würde. Dies lässt die Unique und der Zürcher Regierungsrat nicht zu.

Fazit: Beschränkung der Flugbewegungen, Erweiterung der Nachtruhe, keine neuen Pistenausbauten. Die Forderungen des sbfz sind und bleiben gleich. Diese Forderungen sind notabene grösstenteils auch vom Runden Tisch grossmehrheitlich genehmigt worden. Sie beeinträchtigen die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens in keiner Weise und kosten auch keine Arbeitsplätze. Wie können wir das nun im neuen politischen Umfeld umsetzen? Die politische Lage hat sich verändert resp. verschlechtert, alles wird im stillen Kämmerlein ausgebrütet, dann präsentiert und vermutlich bleibt dann nur noch der Rechtsweg übrig, um sich noch wehren zu können. Keine guten Aussichten für uns und die betroffene Bevölkerung.

Ein Mittel, dagegen zu opponieren, ist die neu gestartete Behördeninitiative: „Beschränkung auf 320'000 Bewegung und 8 Stunden Nachtruhe“. Eine weitere Initiative ist in Arbeit:

„Keine Neu- und Ausbauten von Pisten“.

Diese Initiativen sind eine Antwort auf die Volksinitiative „250'000 Bewegungen“ und sollen den Kantons- und Regierungsrat dazu zwingen, einen Gegenvorschlag in unserem Sinne auszuarbeiten und dem Volk vorzulegen.

Was sonst noch? Wir warten alle gespannt auf die Auswertung der verschiedenen Varianten, die beim BAZL liegen, und die im Herbst präsentiert werden soll. Eine dieser Varianten ist unser Projekt Rotation.

Wird es ein heisser Herbst?? Ich glaube ja.

Mit dem Aufruf, die beiden „neuen“ Behördeninitiativen zu unterstützen, schliesse ich meine Halbjahresbericht und hoffe, dass sie weiterhin dem sbfz die Treue halten.

Ihr Präsident

Peter Staub